

Bundesrat will Mitspracherecht

Berlin. Der Bundesrat beansprucht mehr Mitsprache bei den umstrittenen Milliardenhilfen für notleidende Euro-Länder. Einstimmig forderte die Länderkammer am Freitag die Bundesregierung auf, die Länder künftig fortlaufend über geplante Hilfen aus dem vorläufigen Euro-Rettungsschirm EFSF zu informieren. Mehrere Redner machten deutlich, daß vor allem mit Blick auf den ab 2013 wirksamen dauerhaften Euro-Rettungsfonds ESM die Beteiligung des Bundesrates an der Umsetzung sichergestellt werden müsse.

Für die im Januar geplante Verabschiedung des ESM-Gesetzes ist die Zustimmung der Länderkammer erforderlich, für die EFSF-Aufstockung nicht. Der Bundestag soll die EFSF-Aufstockung am 29. September beschließen, der Bundesrat tagt dazu einen Tag später in einer Sondersitzung.

(Reuters/jW)

<https://www.jungewelt.de/artikel/171118.bundesrat-will-mitspracherecht.html>